

Ministerpräsident Hendrik Wüst über 80 Jahre NRW

Über Tradition, digitalen Wandel und die Zukunft von Nordrhein-Westfalen

Nicht nur Nordrhein-Westfalen feiert ein besonderes, geschichtsträchtiges Jubiläum, seit nunmehr acht Jahrzehnten sorgt auch der öffentliche Dienst Tag für Tag verlässlich dafür, dass das Herz unseres Bundeslandes sicher schlägt. Von den extrem herausfordernden Anfängen der Nachkriegszeit über die Jahre des Wirtschaftswunders und des Strukturwandels bis hin zur hochgradig vernetzten Landes- und Kommunalverwaltung von heute – die Beschäftigten in Stadt und Land bilden das unerschütterliche Fundament, auf welchem Stabilität, Sicherheit sowie unser gemeinsames Zusammenleben in NRW ruhen. Anlässlich des 80-jährigen Gründungsjubiläums unseres Landes sprachen **Roland Staude** und **Marcus Michel** mit Ministerpräsident **Hendrik Wüst**. Entstanden ist ein wegweisendes Gespräch über den Dank an die öffentlich Beschäftigten in Stadt und Land, historische Meilensteine Nordrhein-Westfalens und konkrete politische Vorstellungen für eine moderne und bürgernahe Verwaltung sowie ein krisenfestes NRW in einem gemeinsamen Europa.

NRW Magazin: Nordrhein-Westfalen feiert in diesem Jahr das 80. Jubiläum seiner Gründung. Wo sehen Sie damalige



Roland Staude im Gespräch mit Ministerpräsident Hendrik Wüst.

© DBB NRW | Christian Kratzsch (3)

Herausforderungen beim Aufbau unseres Landes? Welche Erfolge haben wir erzielt, wo stehen wir heute, woran müssen wir noch arbeiten?

Ministerpräsident Hendrik Wüst: Wer vor 80 Jahren durch unsere Städte ging, sah zerstörte Straßenzüge und leer stehende Häuser. Der Alltag war von Mangel geprägt. Wie sich unser Land in den Jahrzehnten danach entwickelt hat, ist beeindruckend: Nordrhein-Westfalen ist ein starkes und modernes Land, ein Hotspot für

Wissenschaft und Forschung, Heimat von Weltmarktführern, schlicht ein Ort, an dem Innovation, Industrie und Mittelstand eng verbunden sind. Wir sind führender Wirtschaftsstandort und attraktiver Gründungsstandort für Start-ups. Und wir gehen erfolgreich den Weg von der Kohle zur KI und treiben Zukunftsthemen wie Digitalisierung, Quantentechnologie und Raumfahrt voran.

Gerade in Zeiten gesellschaftlicher und technologischer Veränderungen ist es entscheidend,

dass wir zusammenkommen. Nordrhein-Westfalen lebt einfach vom Miteinander, von Solidarität und Offenheit. Bereits bei der Gründung unseres Landes am 23. August 1946 haben diese Stärken aus zwei Landesteilen – später mit Lippe aus dreien – eine starke Einheit werden lassen.

An der Geschichte unseres Landes sieht man eins glasklar: Dieses Land hat gelernt, dass Unterschiede eine Stärke sind, die man gemeinsam nutzt. Nehmen wir die Menschen mit

4 Brandbekämpfung im Hürtgenwald

Gemeinsam durch alle Einsatzlagen



6 Mobilitätsbeitrag des Landes

Zuschuss zum Deutschlandticket geplant



7 Landesfest in Münster

80. Geburtstag von Nordrhein-Westfalen



türkischen, polnischen, italienischen oder portugiesischen Wurzeln: Sie haben in der ersten Generation Kohle gefördert, Stahl produziert und Straßen gebaut. Sie haben Familien gegründet, Kinder großgezogen, Betriebe aufgebaut. Und ihre Kinder? Sind heute Lehrerinnen, Bäcker, Unternehmer, Ärztinnen, Handwerker, Vereinsvorsitzende. Sie sind Nordrhein-Westfalen, sie alle sind unsere Kinder. Diese Erfolgsgeschichte gehört uns allen und die Menschen hier sind stolz darauf.

Wo viele verschiedene Menschen zusammenleben, ist es Aufgabe von Politik, zusammenzuführen und zu moderieren. Aber klar ist auch: Politik muss Ergebnisse liefern: bei Bildung, Sicherheit oder Rahmenbedingungen für die Wirtschaft. Daran arbeitet meine Landesregierung jeden Tag mit ganzer Kraft.

Nordrhein-Westfalen ist zum Leistungsträger beim Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland geworden, das zeigen alle Erhebungen. Es dürfte schon heute keiner mehr bezweifeln, dass wir uns das selbst gesteckte Ziel von 1 000 Windrädern in dieser Wahlperiode erreichen werden. Ebenso klar ist, dass wir das Personal im Polizeidienst deutlich ausgebaut haben. Unser Ziel, kontinuierlich 3 000 Anwärterinnen und Anwärter einzustellen, haben wir seit 2023 in jedem Jahr erreicht.

Für uns ist aber besonders wichtig, dass Bildung die oberste Priorität hat. Auch in diesem Jahr stellen wir wieder Rekordmittel zur Verfügung: insgesamt 43,5 Milliarden Euro. Kein anderes Bundesland gibt einen größeren Anteil seines Haushalts für Bildung aus. Im Vergleich zu Juni 2022 arbeiten heute insgesamt über 12 600 Menschen mehr an den Schulen. Seit Beginn der Legislaturperiode sind mehr als 30 000 dauerhafte Neueinstellungen erfolgt, darunter 25 000 Lehrkräfte. Insgesamt ist die Zahl der Lehrkräfte

und des weiteren Landespersonals an unseren Schulen in dieser Wahlperiode so stark gestiegen wie seit den 1970er-Jahren nicht mehr. Wir sehen einen massiven Aufwuchs des Personals auch im Bereich der frühkindlichen Bildung. Innerhalb von zehn Jahren haben wir die Zahl der Beschäftigten in den Kitas um fast 50 Prozent gesteigert: von 120 000 im Jahr 2015 auf inzwischen 175 000 im Jahr 2025. Hinzu kommt: Der Anteil der Vollzeitbeschäftigten ist bei uns besonders hoch. Jede zweite pädagogische Fachkraft in nordrhein-westfälischen Kitas arbeitet in Vollzeit.

Bei allen weiter bestehenden Herausforderungen sind das gute Grundlagen. Ich finde: Wir haben allen Grund zu Optimismus. Politik kann einen Unterschied machen.

NRW Magazin: Auch die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes hatten seit Ende des Zweiten Weltkrieges ihren erheblichen Anteil am Wiederaufbau unseres Landes und der Schaffung demokratischer Strukturen auf allen gesellschaftlichen Ebenen, also letztlich an der gesamten NRW-Erfolgsgeschichte. Welche Rolle spielt aus Ihrer Sicht der öffentliche Dienst beim gesellschaftlichen Zusammenhalt im Land und in den Kommunen?

Hendrik Wüst: Eine ganz wichtige, und zwar seit dem ersten Tag dieses Landes. Nach der Gründung unseres Landes und

den ersten freien Wahlen bildete das Inkrafttreten unserer Landesverfassung im Jahr 1950 den letzten Baustein für den demokratischen Neubeginn. Sie bildet bis heute gemeinsam mit dem Grundgesetz die Basis, auf der unsere Demokratie in Nordrhein-Westfalen steht. Heute können wir sagen: Dieses Fundament ist stark. Es hat getragen, in guten Zeiten und in schwierigeren Zeiten. Und die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes haben unser Land auf der Grundlage dieses Fundaments mit aufgebaut – und sie helfen bis heute dabei, es zusammenzuhalten.

Denn für das Vertrauen der Menschen in unsere Demokratie ist entscheidend, wie sie den Staat erleben, wenn sie mit ihm in Berührung kommen: im Rathaus, in der Schule, beim Ordnungsamt, bei der Polizei, im Finanzamt. Die Erfahrungen dort sind prägend. Deshalb sind die Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst mehr als Verwaltung: Sie sind das Gesicht unseres Staates vor Ort. Ich sage es immer wieder: Ich bin stolz auf die Arbeit, die sie jeden Tag leisten.

Denn wir stehen gemeinsam vor großen Herausforderungen. Das Vertrauen der Menschen in den Staat ist gesunken, die Mehrheit hält den Staat aktuell für überfordert. Das ist eine alarmierende Entwicklung, denn das stärkt Populisten und Extremisten, das ist Nährboden für die Feinde unserer Demo-

kratie. Vertrauen zurückzugewinnen gelingt nur dort, wo Menschen dem Staat begegnen und gute Erfahrungen machen. Für mich ist deshalb klar: Einen starken, krisenfesten und nahbaren Staat gibt es nur mit einem starken öffentlichen Dienst.

NRW Magazin: Die Herausforderungen der Zukunft gehen auch an Nordrhein-Westfalen nicht spurlos vorbei. Hierbei fallen oft Stichworte wie „Demografischer Wandel“, „Staatsmodernisierung“, „Künstliche Intelligenz“ – Digitalisierung ist ja bereits ein „alter Hut“ – oder „Resilienz“. Wo sehen Sie Nordrhein-Westfalen gut aufgestellt, woran muss noch gearbeitet werden und welchen Beitrag kann ein moderner öffentlicher Dienst dabei leisten?

Hendrik Wüst: Kaum ein anderes Land hat sich so oft neu erfunden wie Nordrhein-Westfalen. Vom Wiederaufbau nach dem Krieg über den Strukturwandel bis zur neuen digitalen Revolution durch KI – Wandel gehört zu unserer DNA. Rechenzentren sind die neuen Bergwerke des Industrielandes Nordrhein-Westfalen.

Drei Dinge ziehen sich dabei wie ein roter Faden durch 80 Jahre Landesgeschichte. Erstens der Fleiß der Menschen: Nordrhein-Westfalen ist ein Land des Anpackens. Wir erfinden, wir malochen, wir bringen Menschen mit mutigen Ideen zusammen. Auf diese Tradition



sind wir stolz, und die kollektive Erfahrung dahinter ist fest verankert: Mit Anstrengung und Offenheit für andere kann jeder Mensch hier etwas erreichen. Zweitens die Offenheit für Innovationen: Innovationen sind der Chancen-Motor schlechthin, sie sind entscheidend, um Wohlstand und Arbeitsplätze auch in Zukunft zu sichern. Wir wollen ein starkes Industrieland und ein erfolgreicher Standort bleiben. Und drittens: Zusammenhalt und Solidarität. Manches, auf das wir keinen Einfluss haben, hat es uns in den letzten Jahren schwer gemacht. Ich will nur den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine mit all seinen Folgen auch für uns nennen. Darauf haben wir gemeinsam Antworten gefunden und in kürzester Zeit Hunderttausende Menschen aufgenommen, bis zu 50 000 Kinder an unseren Schulen.

Und genau hier kommt der öffentliche Dienst ins Spiel. Denn die großen Themen unserer Zeit wie demografischer Wandel, Fachkräftemangel, Digitalisierung, Staatsmodernisierung – das ist auch Arbeitsalltag in unseren Behörden. Wer will, dass der Staat den Wandel gestaltet, muss dafür sorgen, dass der Staat als Arbeitgeber attraktiv bleibt. Staatsmodernisierung muss deshalb auch aus der Perspektive des öffentlichen Dienstes gedacht werden, mit flexibleren Arbeitsmodellen und mehr Verantwortung dort, wo die Sachkenntnis sitzt.

In Nordrhein-Westfalen ist es Tradition, dass wir bei Herausforderungen den Schulterschluss mit Gewerkschaften, Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite suchen. Um es mal ganz konkret zu machen: Wir haben die Tarifabschlüsse in den letzten Jahren immer 1:1 und ohne Verzögerung auf die Beamtinnen und Beamten übertragen. Mit der Dienstrechtsnovelle haben wir das Laufbahnrecht an unsere Zeit angepasst. Und im Juli hat die



Landesregierung den Gesetzesentwurf zur Modernisierung des öffentlichen Dienstes beschlossen, der zum 1. Januar 2027 in Kraft treten soll: mit einem Lebensarbeitszeitkonto, einem einfacheren und transparenteren Zulagenwesen, der Einführung eines Altersgeldes und besseren Hinzuverdienstmöglichkeiten im Ruhestand. Für mich ist klar: Modernisierung kann nur mit den Menschen gelingen, die den öffentlichen Dienst tragen.

Und unser Weg ist erfolgreich: Nordrhein-Westfalen setzt bundesweit Maßstäbe – das Modell der Beweislastumkehr bei Berichtspflichten, das wir im Mai im Kabinett beschlossen haben, ist inzwischen Teil der Reformagenda des Bundes. Zum 1. Januar 2027 entfallen bei uns alle Berichts- und Dokumentationspflichten für die Wirtschaft. Wenn eine Regelung bleiben soll, dann muss das entsprechende Ressort dies bis dahin begründen. Geschieht das nicht, fällt sie weg. Ich bin überzeugt: Ein Staat, der den Menschen, Unternehmen und Kommunen mehr Vertrauen entgegenbringt, gewinnt auch selbst Vertrauen zurück.

NRW Magazin: Ministerpräsident **Karl Arnold** hat bereits vor fast 80 Jahren mit dem Vorschlag eines internationalen Zweckverbandes zur Aufsicht der europäischen Stahl- und Kohlevorgänge einen innovativen Beitrag zur anschließenden

europäischen Integration geleistet. Bis heute wird das Friedensprojekt eines geeinten Europas stetig weiterentwickelt. Welche Bedeutung hat die EU für die Menschen in NRW und welchen konkreten Beitrag können die Menschen im Lande, gerade auch die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, für die Fortführung dieses europäischen Friedensprojektes leisten?

Hendrik Wüst: Karl Arnold war von Anfang an klar, dass Frieden in Europa nur aus gemeinsamer Arbeit an konkreten Dingen wachsen konnte. Dieser Gedanke trägt bis heute. Die Europäische Union will stark und wettbewerbsfähig bleiben. Gerade in diesen herausfordernden Zeiten brauchen wir einen stabilen europäischen Binnenmarkt, der Wohlstand und Arbeitsplätze sichert. Nordrhein-Westfalen ist eine der stärksten Wirtschaftsregionen Europas und kann dazu einen wichtigen Beitrag leisten. Unsere Wirtschaftskraft liegt 20 Prozent über dem EU-Durchschnitt. Einen entscheidenden Beitrag dazu leisten die vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen, Hidden Champions und Start-ups, die weit über 90 Prozent aller Unternehmen bei uns ausmachen. Nordrhein-Westfalen profitiert genauso von der Europäischen Union wie Europa von unserem Land.

Europa wächst dort, wo Regionalen Verantwortung füreinander

übernehmen. Unser Land pflegt bilaterale Partnerschaften mit Hauts-de-France, Schlesien und Piemont und ist zusätzlich im Regionalen Weimarer Dreieck mit unseren Partnerregionen eng verbunden. Und wir sind durch Vertrauen, Austausch und konkrete gemeinsame Projekte immer stärker zusammengewachsen. Denn uns ist klar: Europa muss resilient, sicherer und handlungsfähiger werden. Dafür schaffen wir seit Jahren die Grundlagen durch den Austausch junger Menschen, die Zusammenarbeit in Wissenschaft und Kultur oder gemeinsame Projekte zu Strukturwandel, Gesundheit und Cybersicherheit.

Und Europa wächst dort, wo Menschen die europäische Idee leben. Für die allermeisten Menschen ist Europa eine ganz konkrete Erfahrung: die Arbeitnehmerfreizügigkeit, die einen Berufsweg über Grenzen hinweg möglich macht. Das gilt auch für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, zum Beispiel durch die Hospitations- und Austauschprogramme der Europäischen Union: Wenn eine Polizistin aus Nordrhein-Westfalen bei Kolleginnen und Kollegen im benachbarten Ausland hospitiert, dann können wir voneinander lernen, dann werden wir stärker. Wenn Richterinnen und Richter sich über verschiedene Rechtssysteme informieren und Wissen austauschen, dann entsteht genau das Vertrauen, von dem dieses Friedensprojekt Europa lebt. Und wenn Lehrerinnen und Lehrer Schüler- und Jugendaustausche organisieren, dann ermöglichen sie damit vielen jungen Menschen die erste Begegnung mit einem anderen europäischen Land. Das ist Europapolitik im besten Sinne. Und das Gute ist: Sie findet jeden Tag statt.

NRW Magazin: Herr Ministerpräsident, wir danken für das Gespräch!

MM

Bekämpfung der Waldbrände in Hürtgenwald und Hohen Venn

Gemeinsam durch alle Einsatzlagen

Aufatmen im Hürtgenwald: Der größte Waldbrand in Nordrhein-Westfalen seit Jahrzehnten ist inzwischen unter Kontrolle. Auf rund 300 bis 400 Hektar Wald sind Flächen verbrannt oder geschädigt worden. Ministerpräsident **Hendrik Wüst** und die stellvertretende Ministerpräsidentin **Mona Neubaur** informierten sich vor Ort aus erster Hand über die Lage in und um die Gemeinde Hürtgenwald im Kreis Düren. Vor Ort in Hürtgenwald-Kleinhau besuchten sie das zentrale Lagezentrum und tauschten sich mit Rettungs- und Einsatzkräften aus, denen sie für ihren unermüdlichen Einsatz gedankt haben. Ministerpräsident Hendrik Wüst: „Wir erleben in Hürtgenwald den größten Waldbrand in der Geschichte unseres Landes. Dank des Einsatzes von anderthalbtausend Menschen der Feuerwehr, Polizei, der Bundesorganisation THW, Bundespolizei, Bundeswehr und der Hilfsorganisationen ist es gelungen, die Lage zu stabilisieren. Das Land unterstützt mit allen Kräften und Mitteln, die gebraucht werden. Die vielen Rettungs- und Einsatzkräfte aus ganz Nordrhein-Westfalen und darüber hinaus zeigen, was unser Land ausmacht: bedingungslose Hilfsbereitschaft und tatkräftige Unterstützung.“

Mona Neubaur, Wirtschafts- und Klimaschutzministerin sowie stellvertretende Ministerpräsidentin: „Da brennt nicht einfach ein Wald. Da brennt die Landschaft, in der Menschen

aufgewachsen sind, in der ihre Familien leben. Das ist Heimat. Mein tiefer Dank gilt den Einsatzkräften, den Helferinnen und Helfern, die seit Tagen über sich hinauswachsen – meine Anteilnahme gilt den Menschen aus Gey, die mitten in der Nacht ihre Häuser verlassen mussten. Jetzt geht es um die Menschen vor Ort und das Löschen der Feuer.“

Im Rahmen der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit (ZMZ) war auch die Bundeswehr zur Unterstützung der zivilen Feuerwehren im Einsatz. Soldatinnen und Soldaten der Technischen Schule des Heeres Aachen waren mit zwei Bergepanzern im Einsatz und schlugen Brandschneisen. Weiterhin waren zwei Hubschrauber NH-90 des Transporthubschrauberregiments 10 aus Faßberg in Niedersachsen vor Ort im Einsatz. Die Soldatinnen und Soldaten unterstützten im Rahmen der Amtshilfe die zivilen Einsatzkräfte mit Löschwasserabwürfen aus der Luft.

Auch Forstministerin **Silke Gorißen** würdigte während eines Besuchs insbesondere auch die fachkundige und mutige Arbeit der Forstfachleute, die aufgrund ihrer Ortskenntnis eine wichtige Rolle bei der Koordination der Löscharbeiten spielten. Gerade im Hürtgenwald ist immer auch die potenzielle Belastung des Waldbodens mit Munition aus dem Zweiten Weltkrieg zu berücksichtigen: „Von Herzen Danke an unsere



Ministerpräsident Hendrik Wüst und die stellvertretende Ministerpräsidentin Mona Neubaur danken den Einsatzkräften.

© Land NRW | Marius Becker

Leute – ohne ihren Einsatz wäre es hier ganz anders ausgegangen. Ich bin sehr stolz auf Sie alle!“, so Ministerin Gorißen.

Vom Hürtgenwald ging es dann weiter ins Hohe Venn. Hier traf die Ministerin gemeinsam mit Städteregionsrat **Dr. Tim Grüttemeier** und Monschau Bürgermeisterin **Dr. Carmen Krämer** Einsatzkräfte und Ehrenamtler am Feuerwehrgerätehaus in Monschau-Kalterherberg. Unmittelbar an der belgischen Grenze machte sie sich ein Bild von den getroffenen Maßnahmen zur Brandbekämpfung. „Was hier im Hürtgenwald und in Monschau unter schwierigsten Bedingungen geleistet wird, verdient höchsten Respekt“, so die Ministerin. „Feuerwehr, Bundeswehr, Polizei, Forstleute, Hilfsorganisationen, Landwirte, Lohnunternehmer und unzäh-

lige ehrenamtliche Helfer arbeiten Hand in Hand, um Menschen, Tiere und Natur zu schützen. Danke auch an alle Menschen, die für die Personen im Einsatz da sind.“

Auch im belgischen Hohen Venn blieb die Lage angespannt. Die Löscharbeiten, auch mit Unterstützung aus NRW, dauerten bis zum Redaktionsschluss an. Während das Feuer im westlichen Teil des Brandgebiets als gebändigt gilt, kämpfen Feuerwehrleute im nördlichen und östlichen Teil des Gebiets noch immer mit Glutnestern. Der Brand gilt als einer der größten in der Geschichte Belgiens. In den vergangenen Wochen zerstörte das Feuer etwa 3 000 Hektar Land und tobte zwischenzeitlich nur wenige Hundert Meter von der deutschen Grenze entfernt. **MM**

Zivil-Militärische Zusammenarbeit während der Brandbekämpfung im Hürtgenwald.



© Bundeswehr | Aemerde & Quadt



Forstministerin Silke Gorißen dankt den Einsatzkräften.

© Ministerium für Landwirtschaft und Verbraucherschutz NRW



Teilnehmer/innen der Veranstaltung vor dem Eingang des Kreishauses, mit dem Referenten Herrn Florian Kleinert (links oben).

Veranstaltungsreihe

Einblicke in die Kreisverwaltung

Die im vergangenen Jahr gestartete Veranstaltungsreihe „Der öffentliche Dienst – Vielfalt statt Einfalt“ führte in diesem Jahr in die Kreisverwaltung Herford. Als Gastgeber begrüßte der Kreis Herford am 15. Juni 2026 rund 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus verschiedenen Einzelgewerkschaften des DBB NRW (kom-ba, DStG, vlbs, BSBD und BDF).

Die Teilnehmenden wurden durch den Kreisdirektor **Markus Altenhöner** begrüßt. Er richtete herzliche Grüße von Landrat **Mirco Schmidt** aus, welcher leider verhindert war. In seiner Einführung erläuterte der Kreisdirektor die Aufgabenbreite der Kreisverwaltung Herford mit einem besonderen Fokus auf dem Themenbereich Vielfalt sowohl in den Arbeitsbereichen als auch in der Mitarbeiterschaft.

Anschließend referierte der Leiter des Personalamtes, **Florian Kleinert**, über den Kreis Herford als Arbeitgeber und über einzelne Bereiche. Die Kreisverwaltung übernimmt

beispielsweise verschiedene gesetzliche Aufgaben, unter anderem für den Gesundheitsschutz, den Rettungs- und Katastrophenschutz, Straßenverkehrsangelegenheiten sowie für die kreisangehörigen Gemeinden ohne eigene Fachämter auf dem Gebiet der Jugendhilfe, des Ausländer- und Integrationswesens und im Baubereich. Im gesamten Kreisgebiet gibt es circa 50 Standorte von Kreiseinrichtungen, welche abgesehen von klassischen Verwaltungsgebäuden auch Beratungsstellen, Gesundheitseinrichtungen und Rettungswachen umfassen.

Für das Personal bietet der Kreis Herford als Arbeitgeber verschiedene Maßnahmen zur Gesundheitsförderung: So sind beispielsweise höhenverstellbare Bürotische für die Mitarbeitenden inzwischen üblich. Im Kreishaushaus befindet sich zudem eine Kantine, welche von einem lippischen Inklusionsunternehmen betrieben wird. Zudem ist die Kreisverwaltung als familienfreundlicher

Arbeitgeber ausgezeichnet. Auch die Nachwuchsförderung und die Fortbildung sind hier ein großes Thema, denn so sollen bessere Aufstiegsmöglichkeiten geboten und dadurch Mitarbeitende langfristig gehalten werden.

Die generelle Personalstärke von circa 1 600 Mitarbeitenden hat sich in den letzten Jahren vergrößert – das liegt unter anderem an der Übernahme des Rettungsdienstes einiger Kommunen im Kreisgebiet. Durch die Spezialisierung der Berufsausbildung im Rettungsdienst und die nunmehr höhere Anzahl der Mitarbeitenden musste auch das für die Ausbildung zuständige Personal der Personalabteilung aufgestockt werden. Momentan beschäftigt die Kreisverwaltung an die 110 Auszubildende.

Herausforderungen in der Zukunft sind für den Kreis Herford die Anpassung an die Digitalisierung, die bei der Kreisverwaltung in vielen Bereichen gerade umgesetzt wird. Die Kreisverwaltung

Herford sieht sich hierfür aber gut aufgestellt.

Abschließend wurden die Teilnehmenden noch durch eine Verwaltungsetage geführt, in der das Konzept des Desksharings eingeführt wurde. Das bedeutet: Die Büros werden abwechselnd von den jeweils anwesenden Mitarbeitenden genutzt, es gibt also keine feste Raumordnung. Eine Grundausstattung ist in jedem Büro vorhanden, nur der eigene Laptop muss angeschlossen werden. Auf einem Bildschirm am Anfang des Flures können die Mitarbeitenden sehen, welcher Raum aktuell besetzt ist und wo noch Plätze frei sind.

Der Vorsitzende des DBB Kreisverbandes Herford, **Jochen Vogel**, bedankte sich abschließend für die interessanten Einblicke in die Kreisverwaltung Herford. Die Veranstaltungsreihe „Vielfalt statt Einfalt im öffentlichen Dienst“ des DBB Kreisverbandes Herford soll im nächsten Jahr fortgeführt werden.

JV

Im Austausch mit den Abgeordneten

Netzwerkgespräche in der Sommerpause

Auch wenn in der Sommerpause des NRW-Landtags der Politikbetrieb des Landes auf Sparflamme fährt, fanden in den letzten Wochen wieder Netzwerkgespräche mit den Abgeordneten statt. So konnte der DBB NRW den FDP-Landtagsabgeordneten **Ralf Witzel** in der Geschäftsstelle begrüßen. Neben einem landes- und gewerkschaftspolitischen Austausch mit dem 1. Vorsitzenden des DBB NRW, **Roland Staude**, besichtigte Ralf Witzel auch die Ausstellung in der Geschäftsstelle zum 80. Gründungsjubiläum unseres Landes. Mit dem CDU-Abgeordneten **Jörg Blöming** traf sich Roland Staude auf einer Kreisbereisung im Sauerland. MM



Roland Staude und Ralf Witzel



Roland Staude und Jörg Blöming auf der Kreisbereisung vor dem Lippstädter Rathaus.

Mobilität

Mobilitätsbeitrag des Landes zum Deutschland-Ticket für den öffentlichen Dienst

Nach Verspätung aus vorheriger Fahrt keine weiteren Verzögerungen im Betriebsablauf!

Im Rahmen der „Zukunftsoffensive NRW“ beabsichtigt die Landesregierung, einen Mobilitätsbeitrag zum Deutschland-Ticket für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Nordrhein-Westfalen einzuführen. Bereits mit dem Start des Deutschland-Tickets im Frühjahr 2023 setzte sich der DBB Beamtenbund und Tarifunion NRW für dessen Ausrollung als Jobticket auf alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes im Rahmen eines Mobilitätsbeitrages des Landes NRW ein, um zum Umstieg vom Auto auf die Verkehrsmittel des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) zu motivieren.

In der Landesregierung fand die Forderung zu dieser Zeit jedoch keinen Widerhall. Bei einem Zuschuss der Arbeitgeber von 25 Prozent zum

monatlichen Grundpreis des Deutschland-Tickets wird vom Verkehrsunternehmen der Ticketpreis um weitere 5 Prozent als zusätzlicher Bonus reduziert. Die Ersparnis für die Beschäftigten am Deutschland-Ticket würde somit 30 Prozent betragen. Angesichts permanent hoher Energie- und Kraftstoffpreise hat dieses Angebot erhebliches Potenzial zur Attraktivierung des öffentlichen Dienstes.

Hierzu **Roland Staude**, 1. Vorsitzender des DBB NRW: „Grundsätzlich begrüßen wir die Einführung eines Mobilitätsbeitrages des Landes zum Deutschland-Ticket als zusätzlichen Benefit für die Beschäftigten, gerade auch um junge Menschen für eine Tätigkeit im öffentlichen Dienst zu motivieren.“

Ähnlich wie die Verkehrswege des ÖPNV sind die strukturellen Gegebenheiten in Stadt und Land jedoch auch bei den Beschäftigten vor Ort verschieden, sodass auch hier zunächst beamten- und arbeitsrechtliche Voraussetzungen geschaffen werden müssen, um den Mobilitätsbeitrag für alle Beschäftigten des Landes, aber auch der Kommunen fahrplanmäßig auf die Strecke zu schicken.

Roland Staude: „Wir erwarten von der Landesregierung,

ohne weitere Verzögerungen im Betriebsablauf notwendige gesetzliche Regelungen zu treffen, welche beim Jobticket weder die Beschäftigten des Landes noch der Kommunen auf den Bahnsteigen zurücklassen. Wir gehen weiterhin davon aus, dass der DBB NRW am entsprechenden Gesetzgebungsprozess beteiligt wird, um spätestens mit der Aufnahme des Winterfahrplanes auch bei diesem wichtigen Angebot endlich die Signale auf ‚Freie Fahrt‘ zu stellen.“

MM



Mobilitätsbeitrag des Landes NRW zum Deutschland-Ticket.

Jubiläumskonzert des WDR mit international renommierten Solistinnen und Solisten.



80 Jahre Nordrhein-Westfalen

Land und Leute feierten in Münster

Vom 28. bis 30. August 2026 feierte Nordrhein-Westfalen seinen 80. Geburtstag mit dem Nordrhein-Westfalen-Tag in Münster, zu dem die Landesregierung gemeinsam mit der Stadt Münster einlud. Insgesamt elf Themenmeilen erstreckten sich über die

gesamte Innenstadt und präsentierten die Vielfalt Nordrhein-Westfalens. Zu den Schwerpunkten gehörten Klima und Nachhaltigkeit, Wissenschaft und Innovation, Sport, Blaulichtorganisationen, Westfalen, Städte und Regionen, Dialog und Vielfalt

sowie Münster und das Münsterland. Zahlreiche Institutionen, Vereine, Verbände, Unternehmen und Initiativen gestalteten die Themenmeile mit und boten ein abwechslungsreiches Programm für Besucherinnen und Besucher jeden Alters. Im Rahmen des

Festwochenendes diskutierten in Münster auch Landespolitiker verschiedener Parteien und Vertreter des DBB NRW und der DPoIG NRW über die Bedeutung des Berufsbeamtentums für die Demokratie.

MM



Stelldichein der Landesprominenz auf dem NRW-Tag in Münster.

© Land NRW | Lars Berg



Podiumsdiskussion der DPoIG NRW auf dem NRW-Tag in Münster.

© Stadt Münster | Bernd Schwabedissen

© DPoIG NRW

Herausgeber: DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion, Ernst-Groß-Straße 24, 40219 Düsseldorf, Roland Staude (1. Vorsitzender). **Telefon:** 0211.491583-0. **Telefax:** 0211.491583-10. **E-Mail:** redaktion@dbb-nrw.de. **Internet:** www.dbb-nrw.de.

Chefredaktion: Marcus Michel

Redaktion: Roland Staude, Christian Kratzsch, Jochen Vogel

Redaktionsschluss: am 15. jeden Monats.

Hinweis: Die Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gezeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers dar.

Bezugsbedingungen: Die Zeitschrift erscheint zehnmal jährlich. Der Abonnementspreis für Nichtmitglieder des DBB beträgt jährlich 15,90 Euro zuzüglich Postgebühren, der Bezugspreis für das Einzelheft 2,00 Euro, Bezug durch die Post. Einzelstücke durch den Verlag.

Verlag: DBB Verlag GmbH. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.

Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern.

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de.

Anzeigenleitung: Marion Clausen, **Telefon:** 030.7261917-32. **E-Mail:** marion.clausen@dbbverlag.de. **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:** Britta Dorr, **Telefon:** 02102.74023-712. Preisliste 48, gültig ab 1.1.2026. **Ständige Beilage:** dbb magazin.

ISSN 1438-2989

Übergriffe auf Polizeikräfte bei Risikospielen im Profifußball Aus Einsatzkosten Pensionsrücklagen für Polizisten bilden

Angesichts der immer noch allgegenwärtigen Diskussion über Beiträge der Beamenschaft zur Sicherung der gesetzlichen Rentensysteme schlägt der DBB Beamtenbund und Tarifunion NRW vor, an den Kosten für die polizeiliche Absicherung von Fußball-Risikospielen im Profibereich auch die austragenden Vereine angemessen zu beteiligen. Einnahmen aus der Absicherung potenzieller Gefährdungslagen bei Risikospielen sollen zweckgebunden für die Pensionsrückstellungen von Polizeikräften eingesetzt werden, um das Finanzierungsdelta für den früheren Pensionseintritt von Polizeibeamten mit 62 Lebensjahren auszugleichen.

Hierzu **Roland Staude**, 1. Vorsitzender des DBB NRW: „Die Kolleginnen und Kollegen riskieren bei bestimmten Risiko-

spielen regelmäßig ‚Leib und Leben‘, um sich dann vorwerfen zu lassen, sie würden nach einem einsatzgeprägten Berufsleben mit ihrem frühen Pensionseintritt dem Steuerzahler zu viel Geld kosten. Unser Vorschlag entzieht hingegen die Kosten der Allgemeinheit und legt sie als Gebühr auf die Verursacher um.“

Das Bundesverfassungsgericht hat in einem Beschluss vom 14. Januar 2025 (1 BvR 548/22) entschieden, dass Klauseln des Bremischen Gebühren- und Beitragsgesetzes verfassungsgemäß sind, diese besagen, dass der Mehraufwand für zusätzliche Polizeikräfte im Rahmen gewinnorientierter, erfahrungsgemäß gewaltge- neigter Großveranstaltungen ab 5 000 Personen den austragenden Vereinen berechnet und ein entsprechender

Gebührenbescheid erstellt werden kann. Die bei Risikospielen in Nordrhein-Westfalen vereinnahmten Gebühren können aus Sicht des DBB NRW dann dem Pensionsfonds des Landes NRW zufließen.

Roland Staude: „Bezüglich der Höhe anfallender Gebühren haben es die Vereine ja letztlich auch selber in der Hand, mit einer guten Fanarbeit für eine ausgewogene Fankultur zu sorgen und mit entsprechenden Präventions- und Deeskalationsprojekten das Gefährdungspotenzial bezüglich potenzieller Angriffe auf generische Fans, Sachwerte oder gegenüber Sicherheitskräften abzumildern und somit ihre Kosten zu senken.“

Im Übrigen verweist der DBB NRW auf sein bereits 2023 vorgestelltes Konzept zum Pen-

sionsausgabensicherungssystem (PASS), welches die nun geforderte Absicherung der Pensionsansprüche der Landesbeamten bereits seit Jahren vorsieht. Zur passgenauen Finanzierung und zukunftsicheren Absicherung der Pensionsausgaben des Landes hatte der DBB NRW im Oktober 2023 im Behörden-spiegel sein PASS-Modell mit dem Ziel vorgeschlagen, nach der aktiven Zeit für die Beamten und Beamten einen Kostendeckungsgrad der Pensionen von 70 Prozent sicherzustellen. Auch hier könnten die vereinnahmten Gebühren für Risikospiele im Profifußball eine wichtige Ergänzung sein, um das Finanzierungsdelta des früheren Pensionseintritts von Polizeibeamten auszugleichen.

MM